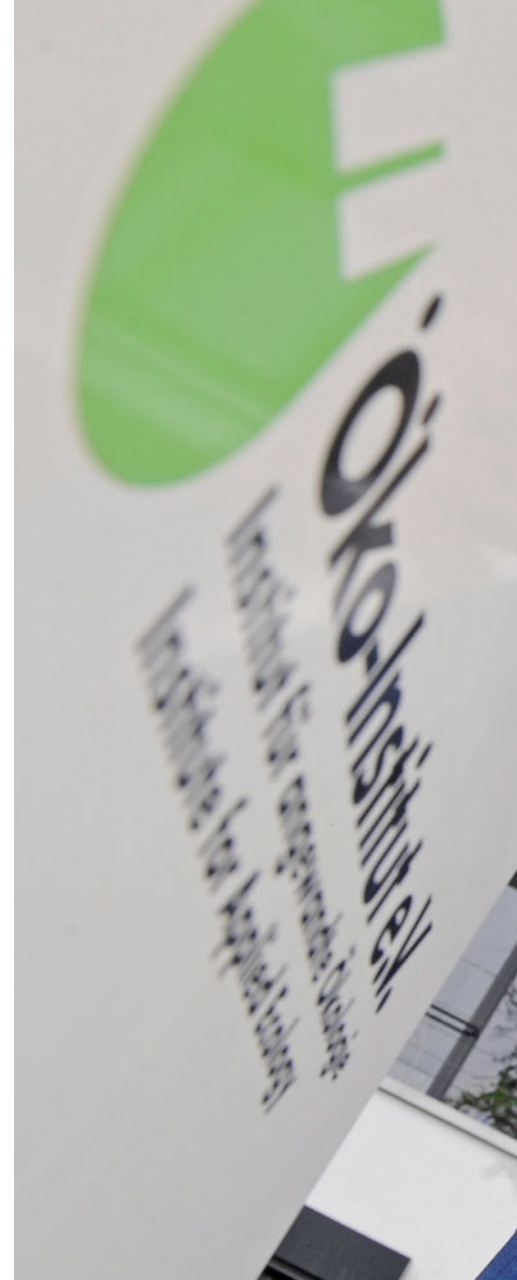


Portrait

Der unbeirrbare Analytiker

Michael Sailer ist der renommierteste **Atomexperte, der aus der Widerstandsbewegung kommt** – was ihn nicht davon abhält, Weggefährten zuweilen mit seinen Positionen zu verärgern.

Von Bernward Janzing



Seine Frisur war immer wieder Thema in den Medien. In der „Zeit“ war schon vor Jahren von seinem „Retro-Outfit“ zu lesen, das Politymagazin Cicero schrieb einmal, er trete, obwohl damals schon Ende 50, noch immer auf „als käme er gerade aus dem Tipi“. Und die Frankfurter Rundschau konstatierte knapp: „Diese Mähne.“ Was am Ende aber nur eines beweist: Um als Berater ernst genommen zu werden, muss man äußerlich nicht zwingend den Klischees entsprechen.

Denn ernst genommen wird Michael Sailer zweifellos. Seit mehreren Jahrzehnten gilt er in Deutschland als der profilierteste unabhängige Atomexperte. Auch diverse Regierungen machten sich sein Wissen im-

mer wieder zunutze. So legte Sailer eine Musterkarriere hin – von den Widerstandsnestern der Anti-AKW-Bewegung in die entscheidenden politisch-technischen Gremien der Republik und darüber hinaus.

1953 geboren, wohnte Sailer während seiner Gymnasialzeit in Worms. „Technische Fragen spielten in meinem Elternhaus eine große Rolle“, sagt er. Die diversen Störfälle in den Atomkraftwerken der Welt verfolgte er als junger Erwachsener bereits kritisch; sei es im britischen Windscale (heute Sellafield), sei es in Gundremmingen, wo 1977 der Block A einen Störfall erlitt, der sich bald als Totalschaden herausstellte. Die partielle Kernschmelze im Reaktor Three Mile Island im amerika-

nischen Harrisburg im März 1979 sei dann mehr denn je „eine klare Warnung“ gewesen, sagt Sailer.

Zu diesem Zeitpunkt studierte er bereits an der TU Darmstadt, wo er 1982 das Diplom in Technischer Chemie machte. Schon während seines Studiums arbeitete er für das Öko-Institut, das 1977 in Freiburg gegründet worden war.

Initiator der Einrichtung war eine Anwaltskanzlei gewesen, die im Widerstand gegen das Atomkraftwerk Wyhl am nahegelegenen Kaiserstuhl aktiv war. Der Kampf gegen das Projekt hatte nämlich deutlich gemacht, dass in einer technisierten Welt nur erfolgreich mitreden und überzeugen kann, wer auch über entsprechende Sach-



Charakterkopf: Atomexperte Michael Sailer vor dem Öko-Institut in Darmstadt.

kompetenzen verfügt. Also mussten die Bürgerinitiativen diese aufbauen, mussten dem Bauchgefühl vieler AKW-Gegner ein technisches Fundament geben.

„Experten aufseiten der Bürgerinitiative waren anfangs extrem rar“, sagt Sailer im Rückblick. Er hatte daher als Student mit technischer Ausrichtung den meisten anderen im Widerstand einiges voraus. Und so begleitete er auch bereits die Prozesse in Wyhl, die stark von Fragen der Sicherheit und der Ökologie geprägt waren.

„Vielseitig interessiert“ sei er immer gewesen, sagt Sailer. Neben Technik und Naturwissenschaft gehörte auch die Politik dazu. Dass er sich vor allem die Atomreaktoren näher anschaut, lag auch an deren

extremer Komplexität, die den jungen Ingenieur aus technischer Sicht einerseits faszinierte, die er andererseits aber auch schon früh als ein erhebliches Sicherheitsrisiko erkannte.

Gefragter Erklärer

Anfang der achtziger Jahre baute der Ingenieur dann eine Dependence des Öko-Instituts in Darmstadt auf, den Fachbereich Nukleartechnik und Anlagensicherheit. Warum er nicht an den Sitz des Instituts nach Freiburg ging? „Viele Mitarbeiter kamen aus dem Umfeld der Technischen Universität, da bot sich Darmstadt an“, sagt Sailer. Und sein rheinhessischer Dialekt verrät zugleich, dass auch seine Ver-

bundenheit mit dieser Region ein Argument für Darmstadt gewesen sein dürfte.

Sailers hohe Sachkompetenz und seine nüchterne Analyse mussten bald sogar seine Gegenspieler in der Atomwirtschaft anerkennen. Seine ruhige Art zu erklären und seine professionelle Unbefangenheit machten den Ingenieur im Laufe der Jahre zu einem gefragten Gutachter und Sachverständigen in allen Fragen der Sicherheit von Atomanlagen und der Endlagerung radioaktiver Abfälle.

Mit der ersten rot-grünen Bundesregierung 1998 und dem politischen Ziel des Atomausstiegs war Sailer gefragter denn je. Bundesumweltminister Jürgen Trittin berief ihn im Jahr 1999 in die Reaktors-



Sensible Aufgabe: Rückbauarbeiten am Kernkraftwerk Obrigheim.

cherheitskommission. Der Grüne wollte in das Gremium, das Jahrzehnte lang fest in Hand der Atomfreunde war, endlich auch einmal den Sachverstand von Atomkritikern einbringen. Dafür war keiner besser geeignet als Sailer, der die Kommission von 2002 bis 2006 sogar leitete und ihr bis 2014 angehörte. Dabei kam ihm zugute, dass er auch Erfahrungen im Konfliktmanagement und als Mediator hat.

2008 wurde Sailer zudem Vorsitzender der Entsorgungskommission, einem neuen Beratergremium des Umweltministeriums. Und auch am Öko-Institut qualifizierte er sich für höhere Aufgaben: Im Jahr 2009 wurde er Geschäftsführer der Forschungseinrichtung, die in Freiburg, Darmstadt und Berlin aktuell 165 Mitarbeiter beschäftigt.

Und dennoch ist Sailer keiner, der der Anti-AKW-Bewegung immer nur Freude macht. Denn er nimmt sich die Freiheit, stets sein eigenes Urteil zu fällen, auch wenn es nicht zwangsläufig auf Zustimmung all seiner Weggefährten stößt. So verärgerte er etwa die Anti-Atom-Szene Mitte der neunziger Jahre, als er die Castor-Blockaden als untaugliches Mittel des Widerstandes bezeichnete.

Meinungsstarker Realist

Manche Aktivisten sahen in ihm damals gar einen Überläufer – ein Vorwurf, der aber schnell verpufft, wenn man ihn über die Atomkraft sprechen hört. Denn daran, dass er deren Nutzung für einen technischen Irrweg hält, lässt er keinen Zweifel.

„Es wird auch in Zukunft schwere AKW-Unfälle geben – die Frage ist nur wann und wo, nicht ob“, sagte er drei Jahre vor Fukushima in einem Interview. Diese Einschätzung resultiere „aus einer sehr intimen Kenntnis sowohl nationaler als auch internationaler Reaktorsicherheitsgremien“.

„Ich habe immer eine dezidierte Meinung“, sagt er. Ein Satz, dem niemand widersprechen mag, der ihn etwas kennt. Und so ist er auch in der Frage der Endlagersuche – wiederum nicht zur Freude aller Atomkraftgegner – vor allem eines: Realist. Die grundsätzliche Blockade von Teilen der Anti-AKW-Bewegung gegenüber der Endlagerproblematik hält er für fatal: „Das Zeug ist ja jetzt da, und es sollte möglichst bald an einen sicheren Platz tief in der

”

Wir müssen die alten Meiler schnell rückbauen, alles andere ist ein fachlicher Irrtum.“

Erde.“ Wenn man in der Atomdebatte zwischen einer Verantwortungsethik und einer Gesinnungsethik unterscheiden möchte, ist Sailer eindeutig der Verantwortungsethiker.

Ein Thema, das ihn zudem beschäftigt, ist das Fehlen von Atomexperten in den kommenden Jahrzehnten. Denn auch wenn Ende 2022 der letzte Reaktor in Deutschland vom Netz geht, werden für den Umgang mit den Altlasten noch viele Sachverständige gebraucht in Firmen und Aufsichtsbehörden.

Andererseits kann man verstehen, dass junge Menschen sich derzeit in Deutschland schwer tun, ausgerechnet Atomtechnik zu studieren, während auf der anderen Seite die Zukunftsenergien locken. Gesamtgesellschaftlich erwächst daraus ein

Problem. Auch deswegen hofft Sailer auf zügige Fortschritte beim Thema Endlager: „Wenn es dort vorangeht, gibt es die Chance, auch wieder junge Leute zu kriegen, denn bei der Behandlung und Verwahrung von Atommüll gibt es viele hochqualifizierte Jobs.“

Als Sailer im Jahr 2014 als eines von 32 Mitgliedern der Kommission zur Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe berufen wurde, sagte er: „Wir sind es den jüngeren und zukünftigen Generationen schuldig, dieses Problem, auf das das Öko-Institut seit vielen Jahren hinweist, endlich zu lösen.“ Es seien damit „die Grundlagen gelegt, die Suche nach einem, wissenschaftlichen Kriterien entsprechenden, Standort zu starten“.

Durch seine nüchternen Analysen ist der Ingenieur auch für einige Initiativen an den Kraftwerksstandorten längst eine Art Enfant terrible geworden. Während manche Anwohner Angst vor einem zügigen Rückbau haben, sagt Sailer trocken: „Wir müssen schnell rückbauen, alles andere ist ein fachlicher Irrtum. Im freigemessenen Material sei millionenfach weniger Strahlung als im Atommüll. Und lasse man die Anlagen noch Jahrzehnte stehen, führe das nur dazu, dass sich die Radioaktivität unnötig in der Umwelt verteile. Ganz abgesehen davon, dass die Mitarbeiter, die die jeweiligen Reaktoren noch aus eigener Anschauung kennen, immer rarer werden, je länger man wartet.“

Ganz abgesehen davon, dass man auch nicht unbedingt darauf vertrauen kann, ▶

Ereignisreicher Dezember für Atomausstieg

Bundestag und Bundesrat haben am 15. Dezember mit deutlicher Mehrheit ein Gesetz über die Finanzierung der Atommüll-Entsorgung verabschiedet. Das Gesetz sieht einen Kompromiss mit den Energiekonzernen EnBW, Eon, RWE und Vattenfall vor. Demnach übernehmen die Unternehmen Stilllegung und Abriss ihrer Atomkraftwerke. Die Entsorgung des radioaktiven Abfalls, für die sie dem Gesetz zufolge grundsätzlich auch hätten aufkommen müssen, nimmt der Staat ihnen ab. Im Gegenzug verpflichten sich die Energiekonzerne zu einer Zahlung in Höhe von rund 23,5 Milliarden Euro in einen öffentlich verwalteten Fonds.

Keine Mehrheit fand dagegen ein Antrag der Grünen-Bundestagsfraktion auf Verlängerung der Brennelementesteuer. Seit 2011 waren die AKW-Betreiber über die Steuer zur Zahlung von 145 Euro pro Gramm Uran oder Plutonium verpflichtet, wenn die Brennelemente in den Reaktoren ausgetauscht werden mussten. 2015 beliefen sich die so erzielten staatlichen Einnahmen auf rund 1,4 Milliarden Euro. Laut Informationen der Anti-Atom-Kampagne „ausgestrahlt“ hatten die Atomkonzerne ihre Reaktoren im vergangenen Jahr nur so weit mit Brennelementen nachgefüllt, dass der Kraftwerksbetrieb bis zum vorgesehenen

Auslaufen der Steuer am Jahresende gesichert war. Wenige Wochen vor den Entscheidungen des Parlaments hatte das Bundesverfassungsgericht geurteilt, dass die drei AKW-Betreiberkonzerne Eon, RWE und Vattenfall, die den Bund wegen des beschleunigten Atomausstiegs im Jahr 2011 auf Schadenersatz verklagt hatten, „angemessen“ entschädigt werden müssen. Allerdings verstößt der Atomausstieg nach Ansicht der Karlsruher Richter im Wesentlichen nicht gegen das Grundgesetz. In der Urteilsverkündung argumentierten sie, dass der Gesetzgeber im Falle einer „risikoreichen Hochtechnologie“ zum Schutz von Leben und Gesundheit der Bevölkerung Eingriffe in den vereinbarten Kraftwerksbetrieb vornehmen dürfe.

Konkrete Angaben zur Höhe der Entschädigungen machte das Gericht nicht. Sie dürften sich jedoch deutlich unterhalb der 19 Milliarden Euro bewegen, die die Energiekonzerne Schätzungen zufolge gefordert hatten. Im Zuge des Atommüll-Kompromisses kündigten die Konzerne an, insgesamt 20 Klagen gegen den Atomausstieg fallen zu lassen. Das betrifft jedoch nicht alle Gerichtsverfahren, so prozessiert Vattenfall weiter vor einem internationalen Schiedsgericht, Streitwert: 4,7 Milliarden Euro. (ib)

dass es die Firmen, die den ganzen Schlamassel angerichtet haben, in zehn oder zwanzig, geschweige denn dreißig Jahren noch gibt. Schließlich hätten die Atomfirmen, sagt Sailer, bisher keine überzeugenden Zukunftskonzepte. Sie hätten sich den neuen Markt der Erneuerbaren mit genauso wenig Engagement erschlossen, wie sie einst auf die Herausforderungen der Liberalisierung reagierten.

Was den Atomexperten aber vor allem sorgt, sind die Nachbarländer. In Frankreich, Belgien und der Schweiz altern die Reaktoren. „Da laufen noch Anlagen, die in Deutschland längst abgeschaltet wären“, sagt er. „Die Länder fahren ein hohes Risiko.“ In Belgien und der Schweiz hätten die Betreiber nicht einmal mehr die Finanzkraft, um die nötigen Investitionen zu stemmen.

In Frankreich und Belgien ist Sailer informell als Experte gefragt, die Schweiz berät er sogar offiziell in Sachen Reaktorsicherheit. Aber auch das konnte bis-



Technischer Irrweg: Michael Sailer vor Bildern des japanischen Atomkraftwerks Fukushima.

neue energie jetzt digital

**Unser Magazin können Sie
ab Ausgabe 07/2013
auch als ePaper-Vollversion
(PDF-Datei) erhalten.**

Bestellen Sie die sechs Ausgaben des zweiten Halbjahres 2013 zum Preis von 33 Euro und sparen Sie 15 Prozent gegenüber den Printausgaben! (Lieferung erfolgt auf neue energie-USB-Stick)
Weitere Infos und Bestellung unter epaper@neueenergie.net



neue energie
das magazin für Klimaschutz und erneuerbare energien

lang nichts daran ändern, dass Politik und Stromwirtschaft dort, legitimiert durch die nationale Atomaufsicht, weiterhin an ihrem Reaktor Beznau festhalten wollen, dessen Block eins längst der älteste der Welt ist. Und dass alte Meiler durch Nachrüstungen nicht einfach auf den Sicherheitsstand neuer Anlagen gebracht werden können, mit dieser Sicht steht Sailer nicht alleine da.

In Deutschland hat die Politik gerade den Atomfonds beschlossen (siehe Infokasten). „Was soll man auch machen, wenn man weiß, dass die Firmen finanziell nicht mehr stabil sind?“, fragt Sailer. „Sollte man dann nicht das Geld nehmen, das noch da ist?“ Die Fondslösung sei daher richtig, sie wurde auch in den neunziger Jahren schon von Atomkraftkritikern gefordert, um insolvenz sichere Rücklagen anstelle bilanzieller Rückstellungen zu schaffen. Dass nun zugleich für die Firmen – und das war immer der kritische Punkt – eine Nachschusspflicht ausgeschlossen wurde, sei dann eben der politische Kompromiss ge-

wesen, sagt Sailer. Für diesen hat die Politik das treffende, aber harmlos klingende Wort der „Enthaftung“ gewählt. Was bedeutet, dass der Steuerzahler am Ende ran muss.

Und wie geht es weiter mit der Atomkraft, kommt irgendwann die Kernfusion? „Solche Kraftwerke wird es nicht geben“, ist

”

Fusionskraftwerke wird es nicht geben.“

Sailer überzeugt, sie seien ein „energiewirtschaftliches Fossil“. „Als ich jung war, hieß es, in 30 Jahren seien sie soweit, das wäre Ende der 1990er gewesen. Heute spricht man von 50 Jahren.“ Aber auch das sei unrealistisch, schon alleine der Strukturen der Stromwirtschaft wegen: „Wo soll man die Blöcke mit ihren 2000 oder gar 5000 Megawatt denn hinstellen, die passen einfach nicht in die energiewirtschaftliche Land-

schaft, die dezentraler wird.“ Selbst für die atomphysikalische Grundlagenforschung seien die Fusionsprojekte, wie der Iter in Frankreich oder der Wendelstein in Greifswald, nicht sinnvoll: „Beim Cern in Genf gibt es da mehr fürs Geld.“

63 Jahre alt ist Sailer im Oktober geworden. Ein Alter, in dem sich das Berufsleben vieler Menschen seinem Ende nähert. Doch kann, oder mag, jemand, der so leidenschaftlich seit Jahrzehnten als Ingenieur auch Politik machte, seinen Job einfach aufgeben, nur weil er ins formale Rentenalter kommt? Am Ende sei es wohl nicht alleine seine Entscheidung, sagt der Atomexperte in der nüchternen Sichtweise des Technikers: „Ich gehe davon aus, dass ich weiterhin gefragt sein werde.“ Aber er brauche das nicht unbedingt, fügt er dann noch hinzu: „Ich kann mich auch anderweitig beschäftigen, ich habe genug Hobbys.“ ◀